



Liebe Leser:innen,

trotz anhaltender Hitzewelle: Sonnig ist die Lage in unseren Städten und Gemeinden so ganz und gar nicht.

Unter dem Motto „[Kommunen am Limit](#)“ riefen die kommunalen Spitzenverbände deshalb am Montag zum **deutschlandweiten Aktionstag** auf. Mit Amtsschließungen, Protesten und einer digitalen Kampagne wurde der Republik vor Augen geführt, was passiert, wenn vor Ort das Geld ausgeht.

Einen Eindruck der Aktionen zeigt unter anderem das [heute-journal](#). Auch in meinem Wahlkreis wurde protestiert – zum Beispiel mit einer starken Aktion direkt vor dem Rathaus in [Goslar](#). Wie genau es eigentlich so weit kommen konnte und warum unsere Kommunen so unterfinanziert sind, hat der [Wirtschaftsdienst](#) nochmal analysiert.

Einen aktuellen Anlass zum Protest bietet die **Ministerpräsidentenkonferenz** mit Kanzler Merz, die heute, am 25. Juni, in Berlin stattfindet und bei der – wieder einmal – über die Kommunalfinanzen beraten werden soll. Wir erinnern uns: Eine Lösung für die Altschulden hatte der Kanzler eigentlich schon zum Ende des letzten Jahres versprochen. Aber, typisch Merz, blieb er diese bislang schuldig. Ob sich das heute ändert, bleibt abzuwarten.

Stattdessen wurde noch am Montag in der **[Bund-Länder-Arbeitsgruppe](#)** „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ im Kanzleramt der Rotstift angesetzt und über kurzfristigen Kürzungen im Sozialbereich beraten. Das ist nur abzulehnen. Im Rahmen der BGKomm haben grüne Kommunalpolitiker*innen dazu übrigens eine eigene [Positionierung](#) entwickelt.

“Stadtfinanzen vor dem Kollaps” war auch Thema bei meinem Besuch der Mitgliederversammlung des **Städtetages NRW** in Oberhausen, wie ihr unten lesen könnt. Neue Zahlen geben dem Recht: Sowohl das **[KfW-Kommunalpanel](#)** als auch der **[Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung](#)** belegen wiederholt das historische Desaster. Die Rekordschulden steigen unaufhaltsam, genauso wie der gigantische Investitionsrückstau, der

mittlerweile bei 231,2 Mrd. Euro liegt. Da hilft auch das Sondervermögen nur bedingt. Wir brauchen hier dringend eine Lösung! Unseren **Vorschlag** zur kurzfristigen- und mittelfristigen Entlastung der kommunalen Finanzen haben wir inzwischen vor fast einem Jahr in den Bundestag eingebracht. Seitdem hat sich wenig getan, nur das Defizit ist stark gewachsen.

Von einer Lösung kann beim **Länder- und Kommunalentlastungsgesetz (LKEG)**, das ebenfalls heute Abend im Bundestag beraten wird, keine Rede sein. Dieses „Geld für Söder“-Gesetz bringt den meisten Ländern und vor allem den Kommunen gar nichts. Der Entwurf ist eine Mogelpackung und muss von Grund auf neu verhandelt werden.

Und als seien unsere Rathäuser nicht schon genug belastet, plant Bauministerin Hubertz nun auch noch eine milliardenhohe **Kürzung beim Wohngeld**. Also genau bei den Menschen, die durch die Mietenkrise ohnehin mit dem Rücken zur Wand stehen. Doch das geht nach hinten los: Wer den Anspruch aufs Wohngeld verliert, landet mitunter im Bürgergeld – und dessen Kosten für die Unterkunft tragen zu einem relevanten Teil wiederum die Kommunen. Ein weiteres Beispiel für rücksichtslose Politik auf dem Rücken der Schwächsten und unserer Rathäuser.

Was uns dieser Tage nebenbei auch wieder merklich vor Augen geführt wird: Wie wichtig eine **klimaangepasste Umgebung**, schattige Plätze und grüne Oasen insbesondere an Hitzetagen sind. Auch das ist eine Aufgabe, bei deren Umsetzung unsere Kommunen zentral sind. Ein paar hilfreiche Hinweise und Tools haben wir dazu unten gesammelt.

Ich wünsche Euch eine gute Newsletterlektüre und einen kühlen Kopf bei diesen Temperaturen.

Viele Grüße

Karo



Besuch in der London Assembly: Grüner Kommunalpolitik in Großbritannien

Im Rahmen meiner Reise nach Großbritannien hatte ich diesen Monat die Gelegenheit, mich mit **Caroline Russell** in der London Assembly über aktuelle Herausforderungen und Erfolge grüner Kommunalpolitik auszutauschen. Beeindruckend ist die starke Entwicklung der UK-Grünen auf kommunaler Ebene: In vielen Städten und Gemeinden sind in den vergangenen Monaten zahlreiche **neue grüne Mandatsträger*innen** hinzugekommen. Caroline Russell berichtete von ihrer Arbeit in der London Assembly, wo die Grünen ganz konkret an Themen wie einer fußgänger- und fahrradfreundlichen Stadt, autofreien Quartieren und einer besseren öffentlichen Infrastruktur – etwa dem Zugang zu öffentlichen Toiletten – arbeiten. Gleichzeitig wurde deutlich, dass viele Herausforderungen denen in Deutschland ähneln: Auch in Großbritannien ist die **Finanzierung der kommunalen Ebene** ein zentrales politisches Thema.

Einen kurzen Reisebericht liest du hier:

Mehr Infos zur Arbeit der UK-Grünen in der City Hall bekommst du hier:



Stadtfinanzen vor dem Kollaps: Zu Gast auf der Mitgliederversammlung des Städtetages NRW

Mitte Juni war ich in **Oberhausen** auf der Mitgliederversammlung des Städtetages NRW als **Panelistin** im Forum „Wer soll das bezahlen? Wer hat das bestellt? – Stadtfinanzen vor dem Kollaps?“ und habe dort über die angespannte Lage der kommunalen Haushalte diskutiert. Deutlich wird, dass auch die vielen harten **Kürzungen im Sozialbereich**, die gerade debattiert werden und erhebliche Folgen für die Betroffenen hätten, bei weitem nicht ausreichen würden, um das kommunale Defizit zu schließen und die kommunale Finanzsituation zu retten. Deshalb war es mir auch wichtig darüber zu sprechen, dass der Staat **mehr Geld einnehmen** könnte, gerade auch für die Kommunen, wenn **extrem reiche Menschen** in Deutschland endlich so viel **Steuern** zahlen würden, wie alle anderen auch.

Hier gibt es einige Impressionen des Tages:



„Sauberes Wasser für alle – Innovationen für unsere Wasserversorgung“: Fachgespräch der Bundestagsfraktion

Im Online-Fachgespräch „Sauberes Wasser für alle – Innovationen für unsere Wasserversorgung“ Ende Mai diskutierte ich gemeinsam mit Steffi Lemke, Jutta Paulus und weiteren Expert:innen aus der Wasserwirtschaft und kommunaler Praxis über die Zukunft unserer Wasserversorgung. Deutlich wurde: **Wasser** ist eine zentrale, aber zunehmend **unter Druck stehende Ressource** – durch Klimakrise, Schadstoffe und Investitionsstau bei der notwendigen Infrastruktur braucht es jetzt entschlossenes Handeln, Innovationen und eine verlässliche Finanzierung, etwa für den Ausbau der **vierten Reinigungsstufe**.

Vor diesem Hintergrund war die anschließende Entscheidung im Europäischen Parlament zur **Aufweichung der Kommunalen Abwasserrichtlinie (KARL)** ein klarer Rückschritt. Die Schwächung des Verursacherprinzips verschiebt Kosten von Pharma- und Kosmetikindustrie stärker auf Kommunen und Verbraucher*innen und steht so im Gegensatz zu „**Wer verschmutzt, zahlt**“. Damit wird nicht nur die kommunale Handlungsfähigkeit geschwächt, sondern auch der notwendige Schutz unserer Wasserressourcen erschwert.

[Zum Nachbericht des Gesprächs:](#)

[Zum Musterantrag Wasser für die Verwendung in Eurem Rat:](#)

Moderation Onyeka Oshionwu



Literaturhaus Göttingen
02. Juli 2026, 20 Uhr

Anne Brorhilker für Lesung in Göttingen

Am Donnerstag, den 02.07.2026, ist die ehemalige Oberstaatsanwältin und Chef-Ermittlerin der Cum/Ex-Affäre **Anne Brorhilker** in Göttingen. Bei der Veranstaltung im **Literaturhaus Göttingen** liest sie aus ihrem Buch **“Cum/Ex, Milliarden und Moral”**, und erzählt aus ihrer Zeit als Ermittlerin, wie der Finanzbetrug der Überreichen funktioniert und was auf der politischen Ebene passieren müsste, damit sich der milliardenschwere Raub an Steuergeldern nicht wiederholt. Mit auf der Bühne und Teil des Dialogs ist auch Karo, moderiert von Onyeka Oshionwu. Die Veranstaltung beginnt um **20:00 Uhr**, und der **Eintritt ist kostenlos**.

[Mehr Infos](#)

Infos, Veranstaltungen und Seminare

“Aus LEER wird MEHR”: Innovationspreis Wohnen in ländlichen Räumen

Der Bundeswettbewerb „Aus LEER wird MEHR“ zeichnet innovative Projekte, Strategien und Konzepte aus, die leerstehende Gebäude in ländlichen Regionen erfolgreich zu Wohnraum umwandeln und damit zur Belebung ihrer Umgebung beitragen. Bewerben können sich bis zum **15.07.2026** unter anderem Kommunen, Wohnungsunternehmen, Vereine und Privatpersonen. Die besten Projekte erhalten unter anderem Preisgelder.

[Mehr Infos und Teilnahme](#)

Hitze-Check 2026 der Deutschen Umwelthilfe

Der Hitze-Check 2026 der Deutschen Umwelthilfe zeigt, dass zwischen 2018 und 2025 in deutschen Städten **mehr als 900.000 Bäume verloren** haben, während die Flächenversiegelung zunahm und die **Hitzebelastung** der Bevölkerung weiter gestiegen ist. Dabei ist das Gegenteil, also mehr Stadtgrün und Entsiegelung zentral, um Städte besser an die Folgen der Klimakrise anzupassen und die Lebensqualität der Menschen zu sichern.

[Zum Hitze-Check 2026](#)

Stadtklima: Wie klimaangepasst ist meine Stadt?

Das Stadtklima-Dashboard stellt den Stand der Klimaanpassung in der eigenen Kommune dar. Es macht als zentrale Indikatoren zur Klimaanpassung in Städten, insbesondere die **Erreichbarkeit kühlender Grünflächen** und den Anteil **versickerungsfähiger Oberflächen**, sichtbar. Ziel ist es, Kommunen, Ländern und dem Bund eine fundierte Datengrundlage für die Planung und Erfolgskontrolle von Klimaanpassungsmaßnahmen bereitzustellen sowie besonders betroffene Gebiete zu identifizieren.

[Zur interaktiven Ansicht](#)

“abpflastern” – Wettbewerb zum Flächenentsiegeln

Noch bis zum **31. Oktober** können eure Kommunen beim bundesweiten Wettbewerb “abpflastern” mitmachen. Ziel ist es, **möglichst viele Flächen** in

einer Kommune **zu entsiegeln**. Das hilft nicht nur dem Grundwasser und Klima, sondern macht eure Stadt, Gemeinde oder Dorf grüner und hitzeresistenter im Sommer. Gewertet wird in drei Ligen, damit auch kleine Gemeinden eine Chance haben. Und auch Schulen oder gemeinnützige Organisationen können sich beteiligen.

Mitmachen und mehr Infos

Wirksameres Personalmanagement in der öffentlichen Verwaltung

PD, das Beratungsunternehmen der öffentlichen Hand, hat Vorschläge für ein **effizientes Personalmanagement in der Verwaltung** vorgestellt. Was aktuell durch parallele Strukturen auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene oftmals ineffizient organisiert ist, könnte als koordiniertes Personalmanagement mit gebündelten Services, gemeinsamer Expertise, klaren Zuständigkeiten und abgestimmter Digitalisierung die Handlungsfähigkeit des Staates langfristig sichern. In der Veröffentlichung werden als Entwicklungshorizont für Kommunen beispielsweise sogenannte **“HR-Verbunde”** vorgestellt.

Mehr Infos und Download des Papiers

Hast Du Nachfragen oder Feedback zum Newsletter?
Wende Dich einfach an mein Büro: karo.otte@bundestag.de



Karoline Otte MdB

Platz der Republik 1, 11011, Berlin

Diese Email wurde an {{ contact.EMAIL }} gesendet.
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Deabonnieren](#)